Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

1. Christoph Butterwegge – Arbeiten bis der Hartz kommt
2. Wirtschaftswachstum, nicht Hartz IV, sorgt für Beschäftigung
3. Es reicht nicht, Arbeitslose nur durchzufüttern
4. Der Autobahn-Klau
5. Schienenkartell soll Verkehrsbetriebe ausgenommen haben
6. Joseph E. Stiglitz – Die großen Zentralbank-Lügen
7. Claus Offe – Europa in der Falle
8. Robert Misik – Geht doch nach Drüben!
9. Bundesregierung befreit nach Parteispende Teile der Textilindustrie von Ökostromumlage
10. 2013: Das Web zurückerobern
11. Jean Ziegler – „Ich bin so radikal, weil ich die Opfer kenne"
12. Die Wahrheit, was wirklich passierte und was in der Zeitung stand
13. Wolfgang Michal – Die SPD kann die Bundestagswahl gewinnen – im September 2017
14. Anatomie eines Umfrage-Desasters – oder: Wie geschätzt 40-50 Leutchen deutsche Politik steuern
15. Der Fall Augstein
16. Modern Money Theory: A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Christoph Butterwegge – Arbeiten bis der Hartz kommt**
   Kürzlich erregte ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium großes Aufsehen, in dem neoliberale Ökonomen zu belegen suchten, dass Altersarmut in Deutschland „kein drängendes Problem" sei. In den Tageszeitungen fanden sich daraufhin Schlagzeilen wie „Die Legende von den armen Alten" sowie der Ratschlag, die Regierung solle sich lieber um junge Menschen und Migranten kümmern, die besser gefördert werden müssten, um das Entstehen von Altersarmut zu verhindern. So wurden auf infame Weise mehrere von hohen Armutsrisiken betroffene Gruppen gegeneinander ausgespielt.
   „Die Einkommens- und Vermögenssituation der Älteren von heute ist überdurchschnittlich gut", heißt es im Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts.

Diesen will das Bundeskabinett nun endlich Ende Januar beraten, nachdem Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) – nicht zufällig derselbe Minister, dessen Beratergremium jetzt die Altersarmut beschönigt – Einspruch gegen einige Passagen der Ursprungsfassung erhoben und Teile der Ergebnisse dann entschärfte oder ganz strich. Die Beschlussfassung über den Bericht wurde außerdem immer wieder hinausgezögert, obwohl dieser laut Parlamentsbeschluss eigentlich zur Mitte der Legislaturperiode vorliegen soll. Systematisch wird die gesellschaftliche Realität beschönigt, die soziale Ungleichheit geleugnet und die Öffentlichkeit getäuscht.
Quelle: Der Freitag

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Mit dem Stichwort "Bildung" versuchen die hiesigen Neoliberalen, die (Alters-)Armut auf eine individuelle Schiene zu heben (Stichwort: "Eigenverantwortung"), blenden jedoch zugleich gerne aus, daß die Bildungsausgaben in Prozent der Wirtschaftsleistung in Deutschland erheblich unterhalb des OECD-Durchschnitts liegen. Dieser Befund wird noch dadurch verschärft, daß auch zehn Jahre nach dem "Pisa-Schock" die Chancengerechtigkeit in deutschen Schulen ungenügend ist. Nach wie vor ist die Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg riesengroß. So haben Kinder armer Eltern oder von Migranten nach wie vor in allen Bundesländern deutlich geringere Chancen, nach der Grundschule ein Gymnasium zu besuchen als Kinder von Akademikern – selbst bei gemessener gleicher Intelligenz. Der deutsche Niedriglohnsektor ist laut einer Analyse des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) dadurch gekennzeichnet, daß ein sehr hoher Anteil der dort Beschäftigten über eine Ausbildung verfügt: Nur 19,4 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten haben keine Berufsausbildung, 70,1 Prozent verfügen über eine Berufsausbildung, 10,5 Prozent haben sogar einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluß. Bildung ist also hierzulande mitnichten eine Garantie für eine auskömmliche Entlohnung und somit auch kein hinreichender Schutz gegen Altersarmut.*

2. **Wirtschaftswachstum, nicht Hartz IV, sorgt für Beschäftigung**
Vergangene Woche meldete das Statistische Bundesamt: "Zahl der Erwerbstätigen erreicht im Jahr 2012 erneut Höchststand". Zu diesem Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt, indem es bis zum Jahr 2005 zurückblickt. Allein das ist schon ein zweifelhaftes Unterfangen. Die Erfolgsmeldung selbst aber versäumt es Ursachen und Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen, die die Entwicklung am Arbeitsmarkt erklären könnten. Nur das aber kann zu einer Bewertung der Arbeitsmarktpolitik beitragen. Ohne begründete Erklärungen kann Arbeitsmarktpolitik auch nicht rational und schwerlich dauerhaft erfolgreich sein.

Wie nicht anders zu erwarten, überschlugen sich die Medien wieder einmal aufgrund der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes. “Verdauen” die meisten Journalisten doch nur das, was man ihnen eben hierzu vorsetzt. Wenn diese Art Journalismus sich durch etwas auszeichnet, dann vielleicht durch das Prinzip Schnelligkeit vor Gründlichkeit. So dröhnte die Wirtschaftswoche: “Es ist der sechste Rekordstand in Folge.” Die Welt meldete: “Im sechsten Jahr in Folge habe die Zahl der Erwerbstätigen nun schon einen neuen Höchststand erreicht, erklärten die Statistiker.”
Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

3. **Es reicht nicht, Arbeitslose nur durchzufüttern**
Der Wirtschaftsforscher Karl Aiginger plädiert für einen radikalen Strategiewechsel im Kampf gegen die Eurokrise. Nötig sei eine andere Sparpolitik. Gleichzeitig müssten die Krisenländer und die EU mehr tun, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das Wort des Chefs des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung hat Gewicht: Im Auftrag der EU-Kommission hat er zusammen mit anderen europäischen Forschern erkundet, wie Südeuropa gerettet werden könnte. Was überrascht: Obwohl Deutschland derzeit als Wachstumsmotor Europas gelobt wird, empfiehlt Aiginger auch der Bundesrepublik eine neue Wirtschaftsstrategie.
Quelle: Frankfurter Rundschau

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Die Formulierung der FR-Redaktion von “Deutschland als Wachstumsmotor Europas” stellt die Fakten geradezu auf den Kopf. Denn die permanenten deutschen Außenhandelsüberschüsse mit den Staaten der Eurozone treiben deren Auslands- sowie Staatsverschuldung weiter nach oben. Nur derjenige, der dies sowie weitere Fakten ausblendet, kann “überrascht” sein, daß der Cef des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung “auch der Bundesrepublik eine neue Wirtschaftsstrategie empfiehlt”.*

passend dazu: **Mit der Wachstumslokomotive zu liberalen Höhenflügen!**
Die Karriere von Begriffen ist manchmal das Ergebnis von Zufällen. So ist die “Agenda 2010″ eine Idee von Doris Schröder-Köpf gewesen. Der damalige Bundeskanzler und seine Berater suchten einen Titel für seine berühmt gewordene Regierungserklärung im März 2003. Weil man nichts anderes fand, blieb man an diesem Titel hängen. Er bestimmt bis heute die Wahrnehmung der Regierung Schröder und der SPD. Wie der “Stabilitätsanker” den Weg in die politische Rede fand, ist nicht auszumachen. Hans Hütt sieht als Urheber den Bundesverteidigungsminister und den Bundesbankpräsidenten. Auf jeden Fall machte er schnell Karriere. Der Stabilitätsanker vermittelt ein wohliges Gefühl der Sicherheit. Er erinnert mich an die

deutsche Eiche, sturmfest und erdverwachsen, nicht nur in Niedersachsen. In seinem Vortrag auf dem Kongress des Chaos Computer Clubs in Hamburg dekonstruierte Hans Hütt den Stabilitätsanker sowie die "Wachstumslokomotive". Dabei zeigte er, wie sich wohlige Gefühle beim Hören von Stabilitätsankern ins Nichts auflösen, wenn man genauer hinschaut.
Quelle: Wiesaussieht

dazu auch: **Peter Bofinger für höhere Gehälter – Wirtschaftsweiser drängt auf sattes Lohnplus**
Euro-Rettung einmal anders: Geht es nach dem Ökonomen Peter Bofinger, dann müsste die Produktion in Deutschland dringend teurer werden, um Staaten wie Griechenland günstiger werden zu lassen. Wie das gehen soll? Zum Beispiel durch eine kräftige Erhöhung der Löhne. […]
Durch eine kräftige Lohnsteigerung könnten die Deutschen den notwendigen Anpassungsprozess abfedern. Und: Die Renten müssten dabei genauso zulegen wie die Hartz-IV-Sätze, auch wenn dann die Preise stärker stiegen. "Wir haben nur die Wahl zwischen hässlichen Alternativen: entweder eine zeitweise höhere Inflationsrate bei uns oder eine Deflation in Südeuropa."
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung JB: *Bofinger ist ein Rufer in der Wüste.*

4. **Der Autobahn-Klau**
   Das Bundesverkehrsministerium will immer mehr Autobahnabschnitte privatisieren. Das kostet sogar mehr? Egal. Dann ignoriert man die Studien eben.
   Die teilweise Privatisierung von Autobahnen wird vorangetrieben, obwohl sie dem Staat manchmal gar keine ökonomischen Vorteile bringt, sondern vor allem private Konzerne profitieren lässt. Das zeigen umfangreiche Recherchen der taz in dem intransparenten Beziehungsgeflecht zwischen Politikern, Beratern und internationalen Unternehmen.
   Seit rund zwei Jahren prüft das Bundesverkehrsministerium, ob Teile der Bundesautobahn A7 in Niedersachsen privatisiert werden können. Dabei sollen einzelne Abschnitte von einem Konsortium übernommen werden. Private Unternehmen finanzieren und bauen in Vorleistung, der Staat zahlt über Jahrzehnte gestückelt seine Schulden ab, indem er den Unternehmen auf der Strecke die Lkw-Maut überlässt. Das Verfahren wird als Öffentlich-Private Partnerschaft bezeichnet, kurz: ÖPP.
   Quelle: taz

dazu: **Der Markt regelt gar nichts**
Was soll schlecht daran sein, wenn nicht der Staat die Autobahn oder das Rathaus baut, sondern ein privates Konsortium? Ganz einfach: Es wird viel teurer. Das ist belegt.
Bestenfalls naive Politiker setzen sich trotzdem weiter für öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) ein, weil ihre ideologische Platte einen Sprung hat: „Der Staat ist ineffizient, am besten regelt es der Markt."
Fakten stören das geschlossene Weltbild dieses autoritätshörigen Politikertypus, der ungern selbst denkt. Etwa die Berichte der Rechnungshöfe. Oder wissenschaftlich fundierte Studien der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Alle kommen zum Ergebnis: ÖPP ist ein höchst unseriöses Instrument und schon gar nicht billiger.
Quelle: taz

5. **Schienenkartell soll Verkehrsbetriebe ausgenommen haben**
   Nicht nur die Deutsche Bahn war Opfer: Ein Stahl-Kartell soll nach SZ-Informationen jahrzehntelang auch städtische Verkehrsgesellschaften aus ganz Deutschland betrogen haben. Nun fordern die kommunalen Betriebe Schadenersatz. Es geht um viele Millionen Euro Steuergeld.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung

   Anmerkung unseres Lesers H.H.: *Derartige Geschäftspraktiken sind nicht unbedingt neu, überraschend ist allenfalls die jahrzentelang dauernde Dreistigkeit, mit der hier der Staat und die Kommunen ausgenommen werden wie eine Weihnachtsgans. Erstaunlich, dass von österreichischer Unternehmensseite eine Selbstanzeige kam. Vielleicht gibt es doch noch so etwas wie Verantwortungsbewusstsein.*

6. **Joseph E. Stiglitz – Die großen Zentralbank-Lügen**
   Eine unabhängige Zentralbank, die sich ausschließlich um Preisstabilität kümmert, ist das Kernstück der magischen Formel von der ,,Wirtschaftsreform". Wie so viele dieser Maximen wurde auch diese so oft wiederholt, dass man mittlerweile auch daran glaubt. Aber kühne, selbst von Zentralbankern aufgestellte Behauptungen ersetzen weder Forschung noch kritische Analyse.
   Forschungsergebnisse deuten nämlich darauf hin, dass sich inflationsorientierte Zentralbanken am besten der Inflationskontrolle widmen sollen. Inflationskontrolle ist jedoch auch kein Selbstzweck: Sie ist nur ein Mittel, um für schnelleres und stabileres Wachstum und geringere Arbeitslosigkeit zu sorgen.
   Um diese realen Variablen geht es nämlich und es gibt wenig Beweise, dass

Zentralbanken, die sich ausschließlich um Preisstabilität kümmern in diesen entscheidenden Bereichen mehr erreichen. George Akerlof, der mit mir im Jahr 2001 den Wirtschaftsnobelpreis gewann, wies gemeinsam mit seinen Kollegen eindringlich darauf hin, dass es eine optimale Inflationsrate über Null gibt. Die rücksichtslose Politik der Preisstabilität gefährdet also eigentlich das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand. Jüngste Forschungsergebnisse nähren sogar Zweifel, ob die ausschließliche Ausrichtung auf Preisstabilität den Trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit reduziert.
Quelle: Project Syndicate

7. **Claus Offe – Europa in der Falle**
   Europa befindet sich in seiner wohl schwersten Krise seit 1945. Eine wachsende Zahl historisch versierter Zeitgenossen sieht sich bereits an die Lage vor 1933 erinnert. Lässt diese Krise sich nicht überwinden, so werden sowohl das politische Projekt der europäischen Integration als auch die europäische und die Weltwirtschaft schweren Schaden nehmen, ganz abgesehen vom Ausmaß der sozialen Zerstörungen, die die Krise schon in den Ländern der europäischen Peripherie angerichtet hat.
   Die Krise ist so ernst, weil sie einen unlösbar erscheinenden Widerspruch aufwirft. Einfach gesagt: Was dringend getan werden müsste, ist extrem unpopulär und deshalb auf demokratischem Wege nicht durchzusetzen. Aber auch auf postdemokratisch-technokratische Weise ist ein Ausweg kaum zu finden. Alle Kenner sind sich „im Prinzip“ einig, was nottut – nämlich eine langfristige Schuldenvergemeinschaftung oder andere Formen grenzüberschreitender Lasten-Umverteilung großen Stils; aber das lässt sich
   dem wählenden Publikum der reichen Länder kaum vermitteln.
   Quelle: Claus Offe [PDF – 205 KB]
8. **Robert Misik – Geht doch nach Drüben!**
   Gerard Depardieu will Steuern sparen – also verlegte er erst seinen Wohnsitz nach Belgien, und dann nahm er auch noch die russische Staatsbürgerschaft an. Wird Väterchen Prost zu einem Role-Model? Wer könnte könnte ihm demnächst folgen? Bestimmt wäre auch für Scheuch und Co. eine russische Staatsbürgerschaft Part of the Game. Und welche hübschen Destinations für Sozialstaats-Flüchtlinge gäbe es noch?
   Quelle: derStandard.at
9. **Bundesregierung befreit nach Parteispende Teile der Textilindustrie von Ökostromumlage**
   Nachdem Union und FDP in vergangenen Monaten zunehmend für ihre energetische Klientelpolitik zum Nutzen der Wirtschaft und zu Lasten der Bürger in Kritik geraten sind, erklärte Angela Merkel auf dem Deutschen Arbeitgebertag Ende 2012, die

Rabatte für die Industrie überprüfen zu wollen. Nun lässt sich beobachten, zu welchem Ergebnis diese Überprüfung geführt hat.
Nachdem Teile der deutschen Textilindustrie gegen die EEG-Umlage klagen wollten, hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium sich mit den betreffenden Unternehmen nun geeinigt. […]
Ganz zur Freude der FDP gab es nach einem Bericht von Abgeordnetenwatch.de im Dezember 2012 von eben diesem Verband eine großzügige Parteispende in Höhe von 65.000€ an die FDP.
Quelle: CDUWatch

10. **2013: Das Web zurückerobern**
Facebook, Twitter, Google, Tumblr, Apple, Instagram, Pinterest und wie sie alle heißen … sie machen das Web kaputt.
Vorbei die Zeiten, in denen für die Öffentlichkeit gedachte Inhalte im öffentlichen Raum – dem Web nämlich – stattfanden, wo sie in den meisten Fällen von allen Internet-Nutzern gefunden, gesehen, verlinkt und kommentiert werden konnten.
Vorbei auch die Zeiten, in denen die eigene Repräsentanz im Netz gleichbedeutend mit einer eigenen Homepage oder einem Blog war, auf denen ein individuelles Archiv der Meinungen, Links und Netzfundstücke der Betreiber entstand.
Heutzutage vergraben wir unsere kurzen Gedanken und Links in der Twitter-Wüste, unauffindbar nach nur wenigen Tagen. Wir posten längere Artikel bei G+ und können nur hoffen, dass Google den Dienst nicht irgendwann genauso einstellt wie viele andere Dienste zuvor. Und wenn wir das tolle Video suchen, das neulich jemand auf Facebook geteilt hat, dann sind wir aufgeschmissen, sobald die Facebook-Timeline es verschluckt hat.
Quelle: Spreeblick
11. **Jean Ziegler – „Ich bin so radikal, weil ich die Opfer kenne“**
Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Hunger – das lässt Jean Ziegler nicht ruhen. Er nennt Banken und Konzerne „Massenmörder“. Und hofft auf die Revolte von unten.
Quelle: Tagesspiegel
12. **Die Wahrheit, was wirklich passierte und was in der Zeitung stand**
Martin Haase und Kai Biermann hielten auf dem 29c3 einen interessanten Beitrag mit dem Titel “Die Wahrheit, was wirklich passierte und was in der Zeitung stand” über Sprache. Auch ihr Blog neusprech.org sollte ebenfalls aufgesucht werden.
Inhaltlich wurde das Thema “Framing” mit Beispielen erörtert. Diese waren das “Guttenberg-Passiv” und das “Merkel-wir”. Eine gute Sensibilisierung der Sprache und des verwendeten Stils die die Vortragenden kommunizierten.
Quelle: Philipp Thom

Anmerkung JB: *Ein wirklich interessanter Vortrag.*

13. **Wolfgang Michal – Die SPD kann die Bundestagswahl gewinnen – im September 2017**
Dass der schneidige Peer Steinbrück der falsche Kandidat für einen Gerechtigkeitswahlkampf in einer Mediendemokratie ist, dürfte inzwischen (fast) jedem Sozialdemokraten klar geworden sein. Die Partei weiß aber auch: Der bloße Austausch ihres Spitzenkandidaten löst das Problem nicht. Die Partei als Ganzes muss sich ändern. […]
Will die SPD 2017 mehr sein als ein zusammengeschrumpfter Seeheimer Kreis, muss sie deutlich machen, dass sie mit den Grünen, den Linken und den Piraten ins Gespräch kommen und gegebenenfalls in einer Wahlallianz kooperieren will. Die jetzige „Vierteilung der Opposition“ nützt nur dem politischen Gegner. Sie lähmt die eigenen Kräfte und ignoriert die Entwicklung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse in den letzten Jahrzehnten. Die Vierteilung der Opposition ist die sichere Gewähr dafür, dass die längst existierende gesellschaftliche Mehrheit diesseits der CDU (die in Umfragen zwischen 51 und 60 Prozent der Stimmen auf sich vereint) nicht die Regierung bilden kann.
Quelle: Carta
14. **Anatomie eines Umfrage-Desasters – oder: Wie geschätzt 40-50 Leutchen deutsche Politik steuern**
Laut einer gestern veröffentlichten und viele hundert Male rezitierten Forsa-Umfrage favorisieren 76 Prozent der FDP-Wähler Rainer Brüderle für den Posten des FDP-Vorsitzenden im Vergleich mit Philipp Rösler. Nur acht Prozent sehen das nicht so. Auf welcher Basis entstehen eigentlich solche Umfragen, die die Politik unseres Landes entscheidend mitbestimmen? Im konkreten Fall liegt der Verdacht nahe, dass bestenfalls drei bis vier Dutzend Befragte zu anschließend medial und politisch bis auf die Knochen ausgeschlachteten Umfrageergebnissen führen. […]
Nun plätschtert die FDP in der Sonntagsfrage laut den ebenfalls von Forsa ermittelten Wahltrends derzeit bei rund vier Prozent. Das heißt: Wenn ich 1003 Bundesbürger repräsentativ aussuche, lande ich aktuell bei rund 40 Menschen, die sich derzeit als FDP-Wähler zu erkennen geben. [Das ist natürlich nur eine grobe Schätzung*, wen es interessiert, bitte unten in der Fußnote nachlesen]
Bleiben wir aber bei der Schätzung von vier Prozent von 1003. Und diese so ermittelten 40 FDP-Wähler frage ich dann, ob sie Herrn Brüderle eventuell für den besseren FDP-Vorsitzenden halte? Ein interessanter Gedanke.
Quelle: Wirtschaftswunder
15. **Der Fall Augstein**

[…] Man muss die Gesetze der Aufmerksamkeitsökonomie kennen, um den Fall zu begreifen. Auch der Einsatz für die gute Sache läuft nicht von allein. Wer die Welt verbessern (und dabei seine Organisation am Leben halten) will, braucht Anerkennung, Mitglieder, Spenden. Je spektakulärer die Gefahr, vor der es zu warnen gilt, desto sicherer die Anteilnahme des Publikums. "Wie viele amerikanische Organisationen lebt das Wiesenthal-Zentrum von Drittmitteln", hat der Historiker Michael Wolffsohn, der das Institut gut kennt, in einem Interview erklärt. "Ich darf daran erinnern, das Wiesenthal-Zentrum hat bereits nach dem Fall der Mauer, also Ende 1989, vom 'Vierten Reich' gesprochen und die große Gefahr an die Wand gemalt, dass nun ein vereinigtes Deutschland wieder die Juden insgesamt vernichten wollte, würde, werde."
Schon die Erfindung einer Top-Ten-Liste weist auf die Nähe zum Unterhaltungsgewerbe hin, wo man weiß, wie man die Leute bei der Stange hält: die größten Flops der Filmgeschichte, die furchtbarsten Kleiderpannen – oder eben die schlimmsten Judenhasser. Ich weiß nicht, ob es für Augstein ein Trost ist, aber das Wiesenthal-Zentrum ist auch in der Vergangenheit ziemlich großzügig bei der Verleihung seiner Antisemitismus-Medaille vorgegangen.
In 2010 stand der Filmemacher Oliver Stone wegen irgendwelcher Bemerkungen auf der Liste, die man im Zentrum als judenfeindlich empfand; dazu Twitter, Facebook und Yahoo, weil sich auf ihren Seiten auch echte Antisemiten tummeln.
Quelle: SPIEGEL Online

16. **Modern Money Theory: A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems**
[…] The euro provides a good example of the difference between sovereign and non-sovereign monetary systems. The Nations that joined the euro had to give up their sovereign currencies. The euro is not a sovereign currency because it is not issued or backed by a sovereign nation. We can observe the tragic consequences of the twin policy failure – abandoning their national sovereign currencies and adopting an international currency that lacked sovereignty. Eurozone citizens are being told that because they adopted the euro they must give up essential attributes of sovereignty. The situation is not parallel to the sovereign States joining the United States of America and agreeing to a system of dual sovereignty. There is no "United States of the Eurozone" and no political entity is taking over the lost attributes of sovereignty.
Quelle: Economonitor

Anmerkung unseres Lesers E.J.: *Bill Black präsentiert das Buch seines Kollegen Randy Wray und stellt das europäische und das US-amerikanische Währungssystem paradigmatisch gegenüber. Des Pudels Kern*